



Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie

47. Sitzung (nichtöffentlicher Teil) *)

5. Mai 2004

Vorwerk Elektrowerke GmbH & Co. KG
Blombacher Bach 3
42270 Wuppertal

10:30 Uhr bis 12:30 Uhr

Vorsitz: Dr. Helmut Linssen (CDU)

Stenograf: Uwe Scheidel

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Neuorientierung der Wirtschafts- und Arbeitspolitik

1

Vorlage 13/2718

Der Ausschuss nimmt ergänzende Hinweise durch Minister Harald Schartau entgegen. Eine Aussprache schließt sich an.

Der Ausschuss kommt überein, die im Rahmen der heutigen Sitzung nicht diskutierten strategischen Ziele in seiner Sitzung am 9. Juni zu behandeln.

*) öffentlicher Teil mit TOP 5 siehe APr 13/1212

- 2 Wettbewerbsfähigkeit der NRW-Chemie darf nicht gefährdet werden - Erhebliche Nachbesserungen an neuer Chemikalienverordnung unabdingbar!** 9

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 13/5003

Der Ausschuss diskutiert das Thema des Tagesordnungspunktes und beschließt, in seiner Sitzung am 9. Juni abschließend zu verhandeln.

- 3 Gesetz über die Errichtung und den Betrieb einer Rohrleitungsanlage zwischen Selfkant und Marl** 10

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/5255

Der Ausschuss nimmt erste Stellungnahmen aus den Fraktionen entgegen. Der Ausschussvorsitzende wird sich mit dem MWA zum zeitlichen Horizont ins Benehmen setzen. Auf der Grundlage werden die Obleute sich verständigen, ob der Ausschuss am 9. Juni abschließend beraten kann.

- 4 Europäische Patentgerichtsbarkeit: Standort Düsseldorf stärken** 11

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 13/5128

Der Ausschuss erörtert das Thema des Tagesordnungspunktes und kommt auf Vorschlag des Vorsitzenden überein, am 9. Juni abschließend zu beraten.

Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie
47. Sitzung (nichtöffentlicher Teil)

05.05.2004
sl-ke

Rüdiger Sagel (GRÜNE) sieht angesichts der bisherigen Antragsentwicklung keinen Anlass für das neuerliche Papier der CDU-Fraktion. Seine Fraktion werde nicht zustimmen.

Dr. Gerhard Papke (FDP) spricht sich mit Blick auf die einleitenden Hinweise des Vorsitzenden dafür aus, den Antrag in der nächsten Sitzung erneut aufzurufen.

Ausschussvorsitzender Dr. Helmut Linssen teilt mit, ihm seien mittlerweile zahlreiche Zuschriften zu REACH und der Erprobung in Nordrhein-Westfalen zugegangen. Das Thema bleibe dringend und werde im Rahmen der nächsten Sitzung erneut und zur abschließenden Beratung aufgerufen.

3 Gesetz über die Errichtung und den Betrieb einer Rohrleitungsanlage zwischen Selfkant und Marl

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/5255

Ausschussvorsitzender Dr. Helmut Linssen weist darauf hin, dass der Gesetzentwurf der Landesregierung dem hiesigen Ausschuss am 28. April zur federführenden Beratung überwiesen worden sei. Mitberatend eingebunden sei der Ausschuss für Umweltschutz und Raumordnung.

Im Plenum, erinnert **Werner Bischoff (SPD)**, habe es eine ausführliche Diskussion gegeben. Alle Redner hätten sich tendenziell für einen positiven Bescheid des Gesetzentwurfes geäußert. Das Gesetz solle am Tag nach seiner Verkündung in Kraft treten.

Rüdiger Sagel (GRÜNE) bittet das zuständige Ministerium um eine Darstellung des Verfahrensstandes: Wie werde das Risiko bewertet? Welche sensiblen, naturräumlichen Gegebenheiten würden notfalls betroffen?

Dr. Gerhard Papke (FDP) möchte wissen, welchen Sachstand es aus der eigens für das in Rede stehende Projekt eingesetzten Lenkungsgruppe gebe.

Das Projekt sei notwendig, betont **Christian Weisbrich (CDU)**. Er hoffe auf einen möglichst schnellen und vor allen Dingen erfolgreichen Abschluss des Notifizierungsverfahrens in Brüssel.

Ausschussvorsitzender Dr. Helmut Linssen geht davon aus, dass sich Minister Schartau in der nächsten Sitzung zu allen aufgeworfenen Fragen äußern werde. Der weitere Verfahrensgang hänge auch davon ab, inwieweit der Ausschuss für Umweltschutz und Raumordnung vorankomme. Zum zeitlichen Horizont werde er sich mit dem

Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie
47. Sitzung (nichtöffentlicher Teil)

05.05.2004
sl-ke

Ministerium kurzschließen. Im Obleutegespräch solle sodann festgelegt werden, ob der hiesige Ausschuss am 9. Juni abschließend beraten könne.

4 Europäische Patentgerichtsbarkeit: Standort Düsseldorf stärken

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 13/5128

Ausschussvorsitzender Dr. Helmut Linssen weist darauf hin, der per 25. März 2004 überwiesene Antrag werde federführend im Rechtsausschuss behandelt. Mitberatend beteiligt sei außer dem hiesigen Ausschuss noch der Ausschuss für Europa- und Einewelt-Politik. Der Rechtsausschuss werde am 7. Juli abschließend beraten.

Christian Weisbrich (CDU) macht darauf aufmerksam, dass die CDU-Fraktion schon im Jahre 2000 darauf hingewiesen habe, dass der Standort Düsseldorf für die Patentgerichtsbarkeit extrem gefährdet sei. Die Landesregierung sei seinerzeit aufgefordert worden, alles in ihren Kräften stehende zu unternehmen, um ein vollständiges Abwandern der Patentgerichtsbarkeit zu verhindern. Wie sei die Landesregierung konkret aktiv geworden?

(Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Das steht im Protokoll!)

- Das, was dem Protokoll zu entnehmen sei, reiche nicht aus.

Regierungsangestellte Huesmann-Kaiser (MWA) bedauert, dass sich die Landesregierung trotz zahlreicher und wiederholter Initiativen nicht habe durchsetzen können. Es habe zahlreiche Gespräche zwischen dem NRW-Justizministerium und dem zuständigen EU-Kommissar sowie Europaabgeordneten gegeben.

Rüdiger Sagel (GRÜNE) moniert, dass der Antrag der CDU-Fraktion viel zu spät in die Diskussion gebracht worden sei.

(Christian Weisbrich [CDU]: Vor vier Jahren!)

Angesichts der mittlerweile getroffenen Entscheidung, das Gericht in Luxemburg anzusiedeln, qualifiziere sich der CDU-Antrag als Showantrag, der dem europäischen Gedanken überhaupt nicht Rechnung trage. Der CDU-Antrag bleibe in der Theorie stecken.

Dr. Gerd Bollermann (SPD) unterstreicht die ausführlichen Diskussionen im Justizausschuss und die zahlreichen Bemühungen vonseiten des Fachministeriums. Der europäische Gedanke habe eine entscheidende Rolle gespielt.

Christian Weisbrich (CDU) bemängelt, dass durch den Fortzug des Patentgerichts der Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen/Düsseldorf schweren Schaden nehme. Immerhin habe das Europäische Parlament im Jahre 2003 den Beschluss gefasst, die Zu-